

Dringliche Anfrage

Hannover, den 18.11.2019

Fraktion der FDP

Tesla, VW, Emsvertiefung, Landwirtschaft - quo vadis Ostfriesland?

Der Elektroautohersteller Tesla hat sowohl 2016 als auch im Sommer 2018 sein Interesse am Bau einer europäischen Gigafactory geäußert. Dem Artikel „Deutschland buhlt um neue Tesla-Fabrik“ (HAZ, 1. August 2018) war vonseiten der Landesregierung dazu Folgendes zu entnehmen: „Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) erklärte, dass die Vorzüge des hiesigen Automobilstandorts ‚vermutlich auch Tesla bekannt‘ seien. ‚Einen Ansiedlungswunsch in unserem Bundesland hat es bislang nicht gegeben. Sollten konkrete Vorschläge an uns herangetragen werden, würden wir uns diese ansehen‘“ (HAZ, 1. August 2019). In der Drucksache 18/1460 führt die Landesregierung allgemein ergänzend aus: „Die Landesregierung begrüßt, unterstützt und fördert in vielen Fällen die Ansiedlung neuer Unternehmen in Niedersachsen, auch in der Automobilindustrie“.

In dem Artikel „Tesla plant Fabrik mit 2000 Jobs in Niedersachsen - Emden und Emsland auf der Favoritenliste oben“ (HAZ, 22. August 2019) hieß es, dass der „US-Konzern mir einer entsprechenden Anfrage auf das Wirtschaftsministerium zugekommen“ sei. Minister Dr. Althusmann führte dazu Folgendes aus: „Eine gute Lage im europäischen Verkehrsnetz samt Hafenanbindung, eine dynamische Forschungslandschaft und erneuerbare Energien vor der Haustür - Niedersachsen ist eine der weltweiten Topregionen der Automobilwirtschaft“ (ebenda). Das *Handelsblatt* (23. August 2018) berichtete von einer weitreichenden Vertraulichkeitserklärung zwischen dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium und Tesla bezüglich der Ansiedlungsbestrebungen in Niedersachsen, die Minister Olaf Lies als „ernsthafte Ansinnen“ (NOZ, 23. August 2018) bezeichnete. Zu diesem Zeitpunkt waren Emden, Dörpen, Papenburg und Wilhelmshaven im Gespräch für ein Standortsuchverfahren in Niedersachsen.

Dem Artikel „Tesla-Gerüchte sorgen für viele Diskussionen“ (*Ostfriesen-Zeitung*, 23. August 2018) war Folgendes zu entnehmen: „Allerdings ist aus Unternehmenskreisen von Tesla zu vernehmen, dass man dort alles andere als begeistert darüber war, dass der Landesminister aus Hannover sich nicht an die strikte Vertraulichkeitsabmachung hielt - und er über den konkreter gewordenen Austausch zwischen Land und Tesla geplaudert hat. Von einem möglichen ‚Eigentor‘ des Ministers war zu hören. Diese Indiskretion könne die Ansiedlungspläne des US-Unternehmens zuungunsten von Niedersachsen und damit auch von Emden als möglichem Standort beeinflussen“ (*Ostfriesen-Zeitung*, 23. August 2018). Die Autofabrik wird jetzt in Grünheide in Brandenburg gebaut.

In der Berichterstattung des *Rundblick* vom 18. November 2019 wird erklärt, dass „ein Bundesland im Rennen um die Ansiedlung den Kürzeren zog, weil das Projekt an die Öffentlichkeit gekommen war, aber Tesla-Chef Elon Musk doch so gerne geheimniskrämert. Bei dem Land habe es sich um Niedersachsen gehandelt.“ Auch der Oberbürgermeister von Emden macht laut Pressebericht den Bruch des Stillschweigeabkommens durch Wirtschaftsminister Dr. Althusmann für ein Scheitern der Errichtung einer Gigafabrik in Niedersachsen verantwortlich.

Neben der Absage von Tesla wird die Region Ostfriesland aktuell von weiteren Entwicklungen getroffen, die die Landesregierung zu Krisentreffen rufen und zur Forderung nach einem Ostfrieslandplan bewogen haben. Zu den Entwicklungen zählen u. a. der angekündigte Abbau von Arbeitsplätzen bei Enercon, der Arbeitsplatzabbau im VW-Werk Emden, die Entwicklungen bei den Nordseewerken, die wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Düngemittelregelungen in der Landwirtschaft sowie die ausbleibende Emsvertiefung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was hat die Landesregierung konkret für oder gegen eine mögliche Ansiedlung der Gigafabrik von Tesla in und für Niedersachsen unternommen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung ihr Verhalten in Bezug auf das Stillschweigeabkommen mit Tesla und die möglichen Auswirkungen auf die Standortentscheidung für Brandenburg?
3. Welche Strategien verfolgt die Landesregierung, um die Region Ostfriesland kurz-, mittel- und langfristig zu stabilisieren?

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 18.11.2019)